



# Interviews

**Datum: 27. Februar 2024**

**Sandra Schulz im Gespräch mit Agnieszka Brugger**

**Sandra Schulz:** Am Telefon ist Agnieszka Brugger, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und auch Mitglied im Verteidigungsausschuss. – Schönen guten Morgen!

**Agnieszka Brugger:** Guten Morgen, Frau Schulz.

**Schulz:** Frau Brugger, es gehört im Prinzip zu der Zeitenwende ja auch dazu, wenn wir die ausbuchstabieren, dass es jeden Tag eine neue Lage gibt. Jetzt diese Worte von Emmanuel Macron, die für viel Wirbel sorgen. Er sagte gestern ausdrücklich, es gäbe keinen Konsens über die Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine. Er schließt es aber auch nicht aus. – Wird über dieses Szenario jetzt in einer neuen Offenheit gesprochen?

**Brugger:** Die Aussagen von Präsident Macron haben sicherlich für viele Fragen und auch Irritationen gesorgt, denn wir haben ja auch gestern in Deutschland eine Debatte geführt, ausgehend von der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, wo der Kanzler noch mal bekräftigt hat, was ja auch der Konsens ist nicht nur mit Präsident Biden, sondern auch im Bundestag, dass wir keine Truppen in die Ukraine entsenden wollen. Die Debatte, die wir gestern in Deutschland geführt haben, geht ja genau um die Frage, ob das für eine Lieferung dieser Marschflugkörper notwendig wäre oder nicht, wo zahlreiche Experten, aber auch viele Abgeordnete im Deutschen Bundestag der Auffassung sind, auch das ließe sich klären und lösen, ohne dass deutsche Soldaten direkt oder indirekt in die Kriegshandlungen in der Ukraine verwickelt werden.

**Schulz:** Das haben wir beide jetzt in dem Gespräch auch auf dem Zettel. Sie haben aber gerade von Fragen oder Irritationen gesprochen. Was überwiegt denn bei Ihnen, die Fragezeichen, die Irritationen? Hat Emmanuel Macron sich da verquatscht?

**Brugger:** Grundsätzlich ist es auch in so einer ernsten Situation sicherlich nicht immer hilfreich zu sagen, was man alles nicht tun will. Trotzdem ist diese eine Linie sehr klar gezogen worden von Deutschland, von den USA. Ich kenne keine konkreten Pläne. Und sie lenkt

auch ein Stück weit von dem ab, was wirklich in den nächsten Wochen und Monaten wesentlich ist, dass die Ukraine mehr Munition bekommt, dass sie mehr Waffen geliefert bekommt und dass wir auch die Sanktionen verschärfen, und auch da kann Frankreich in beiden Bereichen noch mal mehr beitragen und darauf sollten wir uns fokussieren. Das ist ja auch der Appell von Präsident Selenskyj gewesen, dass wir uns jetzt in einer großen Einheit und Geschlossenheit und Durchhaltefähigkeit zusammenfinden müssen.

**Schulz:** Oder sind die Linien vielleicht gar nicht so klar zu ziehen, wie das in der Diskussion manchmal gesagt wurde? Sie kennen die Argumentationslinie der Kritikerinnen und Kritiker von den Waffenlieferungen. Das zog sich durch wie ein roter Faden. Als es um die Leopard-Lieferung ging, wurde gesagt, was kommt als nächstes, redet ihr dann über Flugzeuge. Jetzt die Diskussion über Marschflugkörper und jetzt die Frage, und wenn das dann beschlossen ist, führen wir dann die Diskussion um Bodentruppen. Es ist jetzt nicht ganz einfach, da zu widersprechen, oder?

**Brugger:** Eigentlich schon, weil bei den Waffenlieferungen habe ich von Beginn an nicht verstanden, warum man in aus meiner Sicht auch fachlich sehr unzutreffender Weise defensive, offensive, leichte, schwere Waffen unterscheidet, sondern wenn man die Analyse hat, dass man möchte, dass die Ukraine sich erfolgreich verteidigen kann, dann sollten wir ihr alles dafür geben, was sie dafür braucht an Gerät. Über die Frage, wie diese Waffen eingesetzt werden, gibt es ja intensive Gespräche und auch die Ukraine hat gezeigt, dass sie ein vertrauensvoller Partner ist. Deshalb war ich persönlich nie dabei, auch die Grünen nicht, bestimmte Waffensysteme auszuschließen. Aber es ist sehr klar von Präsident Biden, vom Bundestag, aber auch von der Bundesregierung, von verschiedenen Mitgliedern deutlichgemacht worden, dass die Entsendung von Bodentruppen und ein direktes Eingreifen hier nicht zur Debatte steht und eine rote Linie markiert, und das sind qualitativ zwei sehr unterschiedliche Fragen, die Lieferung von Waffen, auch völkerrechtlich unterschiedliche Fragen, die ich nicht so miteinander vermischen würde.

**Schulz:** Es sei denn, es handelte sich um Waffen, die vom Lieferanten, vom Lieferantenstaat gesteuert werden müssen. Das ist ja ganz stark die Argumentation, auf die Olaf Scholz abzielt. Ich kann es vielleicht noch mal zitieren: Was an Zielsteuerung und an Begleitung der Zielsteuerung von Seiten der Briten und Franzosen gemacht wird, kann in Deutschland nicht gemacht werden“, sagt Olaf Scholz in diesem Zusammenhang. Und wir wissen, es ist der große Unterschied zwischen Großbritannien und Frankreich. Dort wird kein Parlamentsmandat gebraucht, in Deutschland schon.

**Brugger:** Deshalb ist das ja auch eine Frage, die wir seit Monaten uns sehr genau angeschaut haben, die wir mit auch Expertinnen und Experten eruiert haben. Deshalb gab es ja gestern auch so viele Äußerungen, die klargemacht haben, analog zu dem, was Boris Pistorius in dem Einspieler vorhin gesagt hat, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Aus meiner Sicht lassen sich all diese Aspekte, die gegen die Lieferung von Marschflugkörpern der Sorte Taurus vorgebracht worden sind, auch lösen. Das ist nicht einfach, das ist komplex, aber aus meiner Sicht und nach meinem Informationsstand ist es durchaus möglich, das so zu gestalten, dass auch deutsche Bundeswehrsoldaten nicht in die Zielerfassung mit involviert sind. Das ist die Debatte, die wir eigentlich führen müssen, wie es geht, und nicht, ob es geht, und dann solche Fragen auch kategorisch als gegeben darzustellen, wo zahlreiche Experten, zahlreiche Militärs und viele Abgeordnete sagen, das haben wir uns doch sehr genau, sehr sorgfältig angeschaut, das ist so nicht.

**Schulz:** Das lässt aber eigentlich nur zwei mögliche Schlussfolgerungen zu. Entweder ist der Kanzler schlecht informiert, oder er sagt nicht die Wahrheit. Welche der Varianten finden Sie weniger schlimm?

**Brugger:** Diese Frage muss am Ende das Kanzleramt beantworten. Aber was wir gestern in aller Deutlichkeit gesehen haben, dass sich diese Diskussion nicht mit einem Basta-Move beenden lässt, sondern dass es sehr viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages gibt, die sagen, das wirklich größte Risiko ist, dass Russland am Ende des Tages trotz des mutigen Widerstandes der Ukraine diesen Krieg gewinnen könnte, für die Menschen in der Ukraine, aber auch für unsere eigene Sicherheit und für die europäische Friedensordnung, und deshalb ist es wirklich ein großer Schritt, dass Deutschland mittlerweile der zweitgrößte Unterstützer ist. Nur wenn es am Ende insgesamt nicht reicht, dann haben wir ein riesiges Problem, auch für unsere eigene Sicherheit, und deshalb sollten wir alles, was wir tun können, auch wirklich schnell tun.

**Schulz:** Dazu passt auch die möglicherweise rhetorische Vorbereitung des Verteidigungsministers Boris Pistorius, der schon vor einigen Wochen oder vor einigen Monaten gesagt hat, Deutschland müsse kriegstüchtig werden. Ist das die richtige Formulierung? Warum kriegstüchtig? Warum nicht verteidigungstüchtig?

**Brugger:** Ich verstehe, warum der Minister diesen Begriff gebraucht hat. Er hat Reibung und Aufmerksamkeit erzeugt und es ist aus meiner Sicht auch eine der zentralen Debatten, die wir in unserer Gesellschaft und in der Politik noch mal stärker führen müssen. Wir sind bedroht. Unsere Sicherheitslage auch in Deutschland, innenpolitisch wie außenpolitisch, hat

sich sehr verändert und wir müssen als Gesellschaft resilienter, robuster und wehrhafter werden. Dazu gehören viele Fragen, vom Schutz der Infrastruktur, vom Umgang mit Fake News und Desinformation bis hin zur praktischen Unterstützung der Ukraine. Ich persönlich hätte diesen Begriff trotzdem nicht gewählt, weil er polarisiert, weil er bewusst benutzt wird, um Missverständnisse zu erzeugen. Ich halte den Begriff „wehrhaft“, „abwehrbereit“, „verteidigungsfähig“ an der Stelle für zielführender, weil es auch wichtig ist, dass wir hierüber einen Konsens in unserer Gesellschaft erzielen, damit wir stark sind und uns nicht von den Bedrohungen Angst machen lassen und sie auch entsprechend kontern können.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*